Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Hanstedt

SPD-Ortsverein Hanstedt●Hinnerkstraße 10●21271 Asendorf

Asendorf, den 8.2.2016

Pressemitteilung

Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz

„Wir brauchen dringend ein Einwanderungsgesetz!“ So lautete ein Fazit von Gastreferent Christos Pantazis, Sprecher für Migration und Teilhabe der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag, auf einer Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Hanstedt zum Thema „Flüchtlinge – Herausforderung und Verantwortung“, zu der Ortsvereinsvorsitzender Manfred Lohr rund 70 Gäste im Alten Geidenhof in Hanstedt begrüßen konnte. Zweiter Gastredner des Abends war Bürgermeister Olaf Muus; die Moderation hatte Professor Jens-Rainer Ahrens übernommen.

Der Braunschweiger Sozialdemokrat Pantazis – als Sohn eines griechischen „Gastarbeiters“ und einer Französin in Hannover geboren - hat selbst einen Migrationshintergrund. Er machte die aktuelle Gesetzeslage in der „Flüchtlingsfrage“ deutlich: „Es sind fast alles Bundesgesetze. Das Land setzt sie um, hat aber wenig Einflussmöglichkeiten.“ So sei das Land zuständig für die Erstaufnahme und dezentrale Verteilung der Flüchtlinge. Die seit 2011 steigenden Asylbewerberzahlen habe man seitens der Politik zunächst ignoriert. Nach Übernahme der Regierungsverantwortung durch die rot-grüne Koalition 2013 seien die Erstaufnahmekapazitäten von 1500 auf 60000 Plätze ausgebaut worden. Unter der SPD sei die Fallpauschale pro Flüchtling von knapp über 5000 auf jetzt 9500 Euro erhöht worden. Für 2017 sei eine Erhöhung auf 10000 Euro beschlossen. „Wir brauchen beim Land einen Nachtragshaushalt, um z.B. weitere Aufnahmestellen eröffnen zu können“, machte Pantazis deutlich und warf der früheren Landesregierung und der Bundesregierung Versäumnisse vor.

Während der Bund seinen Haushalt mit einem Plus von 12 Milliarden Euro abschließe, sei der Landeshaushalt nicht ausgeglichen. Er sprach sich für eine an Teilhabe orientierte Migrationspolitik aus. Diese führe über Arbeit und Integration zum Steuerzahler. Pantazis: „Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels brauchen wir Menschen, die zu uns kommen und hier arbeiten. Nur so lässt sich unser Wohlstand aufrecht halten.“ Das belege eine Studie der Bertelsmann-Stiftung: So würde eine gelungene Migration einer Gesellschaft ein Plus von 22 Milliarden Euro einbringen.

Dafür müsse allerdings das richtige Instrumentarium geschaffen werden. So bedürfe das Asylrecht der Ergänzung durch ein Zuwanderungsgesetz. Es gebe auch Migration aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. „Wir drängen die Menschen ins Asylverfahren, weil wir kein modernes Zuwanderungsgesetz haben“, so Pantazis. Diese Verfahren müssten voneinander getrennt werden. Dann könne vor Ort in den Heimatländern der Auswanderer ein geregelter Zuzug beantragt werden. Die Asylverfahren müsse man im Gegenzug beschleunigen. “Wir dürfen nicht wackeln am Grundrecht auf Asyl!“ so der Referent. Seine Diagnose auf den Punkt gebracht lautete: „Die Asylverfahren dauern zu lange. Es gibt dafür zu wenig Personal. Unsere Gesetze sind unzureichend. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz!“

Bürgermeister Olaf Muus machte seinem Unmut Luft: “Wir Kommunen sind die Letzten in der Kette; wir haben keine Möglichkeit, Verantwortung nach unten abzugeben.“ Muus weiter: „ Ohne die vielen Ehrenamtlichen könnten wir unseren Laden dichtmachen!“ Die Samtgemeinde Hanstedt mit ihren 40 Mitarbeitern könne die Aufgabe vor Ort nicht alleine lösen. In Hanstedt gebe es zurzeit 311 Flüchtlinge an fünf Standorten. Weitere Unterkünfte würden in Brackel und Undeloh geplant.

Muus machte auf ein künftiges Problem aufmerksam: So würden die meisten Asylbewerber einen gesicherten Status erhalten und müssten sich dann auf dem freien Wohnungsmarkt bewerben. „Günstiger Wohnraum fehlt nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für andere Menschen in unserer Samtgemeinde!“ Hier bedürfe es einer Wohnbauförderung, um bezahlbare Wohnungen zu schaffen – Stichwort Sozialer Wohnungsbau. Jens-Rainer Ahrens ergänzte: „Landkreis, Kommunen und die Sparkasse Harburg-Buxtehude wollen innerhalb von fünf Jahren 2000 Wohnungen schaffen.“

Muus ging auch auf die wertvolle Tätigkeit der Ehrenamtlichen ein. Muus: “Wie können wir sie stärken? Die eigene Gesundheit darf nicht auf der Strecke bleiben! Wir denken über geeignete Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche nach.“ Pantazis machte darauf aufmerksam, dass das Land Niedersachsen 1,7 Millionen Euro für die Arbeit der Ehrenamtlichen z.B. auch für Fortbildungsmaßnahmen zur Verfügung stelle.

Auch die derzeit geltenden Fallpauschalen wurden von Muus kritisiert: „Es bleibt unberücksichtigt, dass wir hier im sogenannten Speckgürtel Hamburgs leben. Die Kosten liegen bei uns über 13000 Euro pro Flüchtling pro Jahr.“ Pantazis ergänzte: In anderen Regionen komme man mit wesentlich weniger Geld aus und mache quasi über die Landesfinanzierung ein Plus. Die 1997 aufgegebene – individuelle – sogenannte „Spitzabrechnung“ sei mit erheblichem Verwaltungsmehraufwand verbunden. „Ich kann mir hier aber eine gewisse Anpassung vorstellen.“ Die könnte zum Beispiel darin bestehen, Staffeln nach Mietpreisklassen einzuführen und danach die Fallpauschalen zu differenzieren. Die Pauschalen werden zwischen Land und den Spitzenverbänden ausgehandelt.

Bürgermeister Muus formulierte eine weitere Erwartung an das Land: „ Wir brauchen wieder Förderprogramme für weitere Kindergartenplätze. Vorübergehend müssen wir andere Gebäude für diese Aufgabe nutzen.“

Die Referenten gingen ausführlich auf die Anfragen aus dem Publikum ein. So wies ein Teilnehmer auf ein Problem hin, das sich in Eyendorf zeige. Flüchtlingskinder dürften dort nicht zur Schule gehen. Pantazis bestätigte die rechtliche Lage: Für Notunterkünfte im Rahmen von Nachbarschaftshilfe, wo auch noch keine Erstregistrierung vorgenommen worden sei, gebe es keine Schulpflicht und somit keine Beschulung der Kinder.

„Es gibt noch viel zu tun! Dabei müssen wir neue Wege gehen!“ machte Jens - Rainer Ahrens in seinem Schlusswort deutlich. „Wir dürfen uns nicht von der politischen Entwicklung am rechten Rand überrollen lassen. Wir wollen ein demokratisches, offenes Land bleiben!“ Ihn habe die sehr weitsichtige, disziplinierte und verständige Art, in der an diesem Abend miteinander diskutiert worden sei, sehr beeindruckt, schloss Ahrens den Infoabend der SPD.